

HWWI PROGNOSEN

Konjunkturprognose Deutschland Frühjahr 2026

Michael Berlemann | Jörg Hinze



Hamburgisches
WeltWirtschaftsinstitut

HWWI PROGNOSE NR. 1/2026

Autoren:

MICHAEL BERLEMANN (Berlemann@hwwi.org)

Hamburgisches WeltWirtschaftsinstitut (HWWI), Helmut-Schmidt-Universität Hamburg, CESifo, ifo
Institut für Wirtschaftsforschung

JÖRG HINZE (Hinze@hwwi.org)

Hamburgisches WeltWirtschaftsinstitut (HWWI)

Imprint

Publikationsreihe: HWWI Prognosen

Verantwortlicher Herausgeber: Michael Berlemann

Hamburgisches WeltWirtschaftsinstitut (HWWI)

Wissenschaftlicher Direktor: Prof. Dr. Michael Berlemann

Geschäftsführer: Dr. Dirck Süß

Mönkedamm 9 | 20457 Hamburg | Deutschland

Phone: +49 40 340576-0 | Fax: +49 40 340576-150

info@hwwi.org | www.hwwi.org

© HWWI | Hamburg | März 2026

Irankrieg verzögert Erholung der deutschen Wirtschaft

Michael Berlemann^{1,2} und Jörg Hinze¹

¹Hamburgisches WeltWirtschaftsinstitut (HWWI), Mönkedamm 9, 20457 Hamburg, Deutschland.

Email: info@hwwi.org

²Helmut-Schmidt-Universität Hamburg, Holstenhofweg 85, 22043 Hamburg, Deutschland.

Die deutsche Wirtschaft hatte sich zum Ende vergangenen Jahres hin stabilisiert; viele Konjunkturindikatoren entwickelten sich positiv. Die Wachstumschancen für 2026 und 2027 wurden aufgrund der von der Koalitionsregierung auf den Weg gebrachten fiskalpolitischen Ausgabenprogramme und Fördermaßnahmen günstig eingeschätzt. Mit dem Irankrieg und den dadurch ausgelösten Preisschocks bei Öl und Gas haben sich die Perspektiven für Inflation und Wachstum - nicht nur in Deutschland, sondern weltweit - jedoch zunächst verschlechtert. Die weitere Entwicklung im Irankonflikt ist unklar – hier wird davon ausgegangen, dass sich das Kriegsgeschehen bis spätestens Jahresmitte allenfalls auf das Gebiet des Iran beschränkt und die Straße von Hormus wieder frei passierbar ist. Öl- und Gaspreise würden sich dann wieder in Richtung des Vorkriegsniveaus bewegen. Die für 2026/2027 angelegte Erholung der deutschen Wirtschaft könnte dann in der zweiten Hälfte dieses Jahres neu „Fahrt aufnehmen“. Unter diesen Bedingungen erwartet das HWWI für 2026 ein jahresdurchschnittliches Wirtschaftswachstum von $\frac{3}{4}$ % (vor Kriegsausbruch: $1\frac{1}{2}$ %) und für 2027 eins von $1\frac{1}{2}$ %.

Die Inflationsrate für die Verbraucherpreise in Deutschland bewegte sich in letzter Zeit um die Stabilitätsmarke von 2 %. Dies war nicht zuletzt günstigen Energiepreisen zu verdanken. Hier hat sich die Lage nun drastisch gedreht. Davon wird in den kommenden Monaten ein deutlicher Inflationsschub ausgehen; bis Mitte dieses Jahres könnte die Inflationsrate auf 3 % steigen. Bei der hier unterstellten Entwicklung würde die Inflationsrate sich bis Ende dieses Jahres wieder in Richtung 2 % bewegen. Im Jahresdurchschnitt 2026 würde sie dann $2\frac{1}{2}$ % betragen, 2027 könnte sie wieder 2 % erreichen.

Die geopolitischen und geoökonomischen Rahmenbedingungen bergen erhebliche Risiken für diese Prognose. Die weitere Entwicklung im US-Irankonflikt ist unklar. Bei Eskalation, wie größeren Zerstörungen von Öl- und Gasanlagen auch in den anderen Golfstaaten oder längerer Blockierung der Straße von Hormus, müssten die Inflationsprognose nach oben und die Wachstumsprognose nach unten angepasst werden. Umso wichtiger ist, dass die Koalitionsregierung die Strukturreformen weiter vorantreibt und die Sonderverschuldungsmöglichkeiten ausschließlich für zusätzliche Investitionen verwendet werden; eine Umschichtung von Ausgaben aus dem eigentlichen Kernhaushalt würde die möglichen Wachstumsimpulse mindern.

HWWI Prognosen

Ansprechpartner
Jörg Hinze

Editiert von
Michael Berlemann

© HWWI

Positive Konjunkturindikatoren um die Jahreswende 2025/26

Um die Jahreswende 2025/26 herum mehrten sich die Indizien für eine konjunkturelle Wende der deutschen Wirtschaft zum Besseren. Nicht nur die meisten Klimaindikatoren wechselten ins Positive, sondern auch reale Daten. Das preis- und saisonbereinigte Bruttoinlandsprodukt stieg im vierten Quartal um 0,3 – auf Jahresrate hochgerechnet 1,3 – Prozent. Noch ausgeprägter war der Umschwung in den in den vergangenen Jahren kriselnden Bereichen Industrie und Bau. Die Produktion im Verarbeitenden Gewerbe wurde um knapp 1 % gegenüber dem dritten Quartal 2025 aus-geweitet, die Auftragseingänge erhöhten sich sogar um 9,5 %, selbst ohne Großaufträge noch um 2,5 %. Und auch die Lage im ebenfalls kriselnden Baubereich hat sich zu bessern begonnen. Die Bauproduktion ist im vierten Quartal 2025 um saisonbereinigt 1,6 % gegenüber dem Vorquartal gestiegen und auch die Auftragseingänge im Bauhauptgewerbe und die Baugenehmigungen für Wohngebäude haben sich deutlich erhöht – wenn auch von sehr niedrigem Niveau aus. Die Janu-ardaten waren offensichtlich durch das Frostwetter beeinflusst; starke Rückgänge bei Bau- und Industrieproduktion, starker Anstieg im Energiesektor. Der private Verbrauch und der Staatkonsum nahmen weiter zu. Die Investitionen wurden nun auch von den fiskalischen Fördermaßnahmen stimuliert; besonders stark stiegen im vierten Quartal die staatlichen Ausrüstungsinvestitionen, insbesondere in militärische Waffensysteme.

Der Wachstumsbeitrag seitens des Außenhandels blieb allerdings negativ. Die deutschen Ex-porte haben sich trotz der Widrigkeiten im Handel mit den USA und mit China sowie durch den starken Euro-Kurs preis- und saison-bereinigt im Laufe der zweiten Jahreshälfte zwar tendenziell stabilisiert, doch die Importe sind gleichzeitig merklich gestiegen; teils wegen des aus dieser Sicht günstigeren Euro-Kurses - weil niedrigeren Einfuhrpreisen -, teils, weil China wohl auch aufgrund der US-Zollpolitik andere Absatzmärkte verstärkt zu erschließen suchte. So sind die Importe aus China im vergangenen Jahr insgesamt um fast 10 % gestiegen, während die Exporte dorthin um fast 10 % gesunken sind; dadurch erhöhte sich der bilaterale Importüberschuss von 67 auf knapp 90 Mrd. Euro. Gleichzeitig ist der Exportüberschuss im Handel mit den USA von knapp 70 auf 52 Mrd. Euro gesunken. Die ungünstige Entwicklung im Handel mit diesen beiden Ländern er-klärt fast allein den Rückgang des deutschen Außenhandelsüberschusses von 243 Mrd. Euro im Jahr 2024 auf 200 Mrd. Euro im vergangenen Jahr. In ähnlichem Umfang hat sich denn auch der Überschuss in der Leistungsbilanz von 251 auf 197 Mrd. Euro verringert.

Beschäftigung 2025 leicht rückläufig - Inflation vor Irankrieg bei 2 %

Angesichts der bis weit ins Jahr 2025 hinein noch schwachen Wirtschaftsentwicklung, aber auch verzögert infolge der Vorjahre ist die Zahl der Erwerbstätigen kalender- und saisonbereinigt im vergangenen Jahr insgesamt leicht rückläufig gewesen, um 85.000 Personen. Davon war mit 25.000 nicht so sehr die Zahl der sozialversicherungspflichtig Beschäftigten betroffen. Hier wurde der starke Rückgang der Beschäftigten in den Krisenbranchen Industrie und Bau durch die Ausweitung der Beschäftigung im öffentlichen Bereich zum Großteil ausgeglichen. Weiter deutlich gesunken ist hingegen die Zahl der ausschließlich geringfügig Beschäftigten, im Jahresverlauf von 2025 um rund 70.000. Seit Anfang 2023 ist die Zahl sogar um rund 140.000 zurückgegangen; das hängt wohl auch mit dem seit Mitte 2022 deutlichen Anstieg des gesetzlichen Mindestlohns um 33 % zusammen. Die Zahl der Arbeitslosen ist im Jahresverlauf 2025 um rund 75.000 gestiegen; die Arbeitslosenrate erhöhte sich auf 6,3 %. Mit der zum Jahresende 2025 hin sich andeutenden konjunkturellen Bes-serung hat sich dann auch die konjunkturell bedingte Kurzarbeit wieder etwas verringert und die Zahl der offenen Stellen geringfügig erhöht.

Die Inflationsrate für die Verbraucherpreise schwankte in den letzten Monaten um die Stabilitäts-marke von 2 %. Auf den vorgelagerten Stufen gingen die Preise teils deutlich zurück. Rückläufige Ölpreise waren in den vergangenen knapp 4 Jahren ein wesentlicher Faktor für die Preisstabi-lisierung. Von Mitte Dezember bis Ende Februar haben sich jedoch die Ölpreise im Gefolge der

zunehmenden Spannungen zwischen den USA und dem Iran bereits von knapp 60 auf über 70 Dollar/Barrel für Brent erhöht. Seit Januar sind denn auch die Kraftstoffpreise bereits merklich gestiegen. Mit Ausbruch des Irankrieges hat sich der Anstieg von Öl- und Gaspreisen sowie der von Kraftstoffpreisen nochmal beschleunigt.

Die sog. Kernrate - Verbraucherpreise ohne Nahrungsmittel und Energie – lag zuletzt mit 2 ½ % allerdings nach wie vor merklich über der Stabilitätsmarke. Hauptgrund dafür waren die mit immer noch 3 ¼ % überdurchschnittlich steigenden Dienstleistungspreise. Die Preise in vielen Dienstleistungsbereichen sind sehr lohnintensiv und bei geringen Produktivitätsfortschritten schlägt dies auf die Arbeitskosten durch. In Bereichen mit deutlichem Anteil an geringfügig Beschäftigten wirken sich die in den vergangenen drei Jahren um ein Drittel gestiegenen Mindestlöhne aus, und Anfang dieses Jahres wurden diese noch einmal um 8,4 % erhöht. Letztlich gibt es Bereiche, in denen eine gestiegene Nachfrage höhere Preissteigerungen ermöglichen, wie bei Pauschalreisen, die sich zuletzt um 6 % verteuerten.

Ausgangslage für Prognose wegen Irankrieg unklar

Grundlage einer Prognose sind die Diagnose der aktuellen Wirtschaftslage sowie die für den Prognosezeitraum erwarteten, wahrscheinlichsten Rahmenbedingungen. Der jüngst ausgebrochene Irankrieg überlagert beide Komponenten - Ausgangslage und noch mehr Rahmenbedingungen – mit hohen Unsicherheiten.

Die offizielle Datenlage hängt zeitlich zurück, erfasst die aktuelle Situation entsprechend unzureichend und fast keine Auswirkungen des Irankrieges. Und selbst diese offizielle Datenlage und die allgemeine Stimmung unter vielen Wirtschaftssubjekten waren vor Ausbruch des Irankrieges nicht konform. Trotz sich zu bessern beginnender Konjunkturindikatoren blieb die Stimmungslage vielfach schlecht bzw. skeptisch. Dafür gab es sicherlich Gründe: Von der Regierung in Auftrag gegebene konkrete Maßnahmen, wie an Infrastrukturinvestitionen oder bei Rüstungsgütern brauchen Zeit bis zur Produktionswirksamkeit, insbesondere bei Großaufträgen, gesetzgeberische bzw. regulative Reformen benötigen in der Regel einen mitunter aufwendigen parlamentarischen Prozess, sei es hierzulande oder auf EU-Ebene. Nicht zuletzt überdeckten teils öffentliche Querelen zwischen den Koalitionspartnern über einige Reformvorhaben die - weniger sichtbaren bzw. kommunizierten - Fortschritte auf manchen Gebieten. In letzter Zeit verwirrten zudem trotz der stark ausgeweiteten Staatsverschuldung Debatten über Steuer- und Abgabenerhöhungen die Öffentlichkeit.

Noch komplizierter ist die Einschätzung der Rahmenbedingungen für die nächsten Monate. Hier sind verschiedene Szenarien vorstellbar; dabei muss die Wahrscheinlichkeit des aussichtsreichsten Szenarios nicht einmal übermäßig hoch sein. Den Irankrieg betreffend, wird angenommen, dass die USA und Israel in absehbarer Zeit (bis spätestens Jahresmitte) die iranischen Raketen- und Drohnenarsenale soweit dezimieren, dass der Iran nicht mehr groß über seine Grenzen hinaus agieren kann. Ähnliches gilt für die maritimen Angriffsmöglichkeiten des Iran, insbesondere in der Region um die Straße von Hormus herum, so, dass diese für die Schifffahrt wieder passierbar wird. Das würde bedeuten, dass der aktuelle Ölpreis von über 100 Dollar/Barrel lediglich temporär wäre. Dauerhaft höhere Preise erscheinen deshalb wenig wahrscheinlich, zumal die Welt nicht mehr in dem Maße „ölabhängig“ ist von dieser Region wie zu Zeiten früherer vergleichbarer Krisen. Überdies ist Russland wohl bereit, aktuell ausfallende Öl- und Gaslieferungen aus der Golfregion nach Indien und China zumindest teilweise auszugleichen und die amerikanischen Fracking-Unternehmen dürften bei diesen Preisen ihre Ölproduktion erhöhen; beides entlastet den Weltmarkt.

Fiskalpolitik stützt Konjunktur - aber weitere Reformen notwendig

Rezessionsgefahren, wie in ähnlichen Krisenlagen in der Vergangenheit, sind diesmal auch deshalb gering, weil die Bundesregierung schon im vergangenen Jahr umfangreiche Fiskalprogramme für

zusätzliche Infrastrukturinvestitionen und für zusätzliche Verteidigungsausgaben aufgelegt hat. Diese werden unabhängig von der aktuellen Situation fortgeführt werden und wie ein Konjunkturprogramm wirken. Die davon ausgehenden Impulse dürften die restriktiven Auswirkungen der Preis- und Kostensteigerungen durch den Irankrieg auf Kaufkraft der privaten Verbraucher und Investitionsbereitschaft der Unternehmen mehr als ausgleichen.

Für eine nachhaltige Verbesserung der Standort- und Wettbewerbsbedingungen sind überdies umfangreiche Strukturreformen angekündigt. Sicherlich sind mit den Abschreibungsverbesserungen und dem verbilligten Industriestrompreis erste Schritte getan – aber sie sind zeitlich begrenzt. Um die Rahmenbedingungen für die private Wirtschaft dauerhaft zu verbessern sind Kostenentlastungen durch Verringerung der Abgabenlasten (Senkung der Unternehmenssteuern, Stabilisierung bei den Sozialabgaben), konkurrenzfähige Energiepreise sowie weniger Bürokratie bzw. Deregulierung erforderlich. Ohne Verbesserung der Standortbedingungen würde das Wachstum nach den Fiskalanstößen wieder merklich abflachen.

2026: Wirtschaftswachstum reduziert sich wegen Irankrieg auf ¾ %

Die Konjunkturindikatoren haben sich in den vergangenen Monaten vielfach verbessert und die Regierung hat eine Reihe der Reformvorhaben in Gang gebracht. Die Fiskalmaßnahmen für zusätzliche Infrastrukturinvestitionen und für mehr Verteidigungsausgaben werden im Laufe dieses Jahres zunehmend produktionswirksam. Der dadurch ausgelöste Wachstumsimpuls wird erheblich sein; davon werden besonders Bau- und Ausrüstungsinvestitionen profitieren. Diese zusätzliche Nachfrage hat zudem Sekundäreffekte; sie sorgt für entsprechend mehr Beschäftigung und Einkommen und auch für mehr private Investitionen.

Überdies wurden bereits auch einige Fördermaßnahmen für die Privatwirtschaft – wie die bis 2027 erhöhten Abschreibungsmöglichkeiten und reduzierte Industriestrompreise – in Kraft gesetzt. Das stützt für sich die privaten Ausrüstungsinvestitionen. Sicherlich wird bei manchen Unternehmen im Gefolge des Irankriegs die Investitionsbereitschaft zunächst zurückhaltender ausfallen; das wird den erwarteten Zuwachs bei den Ausrüstungsinvestitionen insgesamt aber relativ wenig reduzieren. Bei den Bauinvestitionen zeichnet sich über die staatlichen Investitionen hinaus auch im Wohnungsbau eine Erholung ab; Baugenehmigungen und Bauaufträge sind wieder merklich gestiegen. Obwohl der Wohnungsbau von äußeren Einflüssen weitgehend unabhängig ist, so werden doch ölpreisbedingte Kostensteigerungen, reduzierte Realeinkommen der Bauherren und wohl auch leichte Bauzinserhöhungen die Erholung hier zunächst bremsen.

Am unmittelbarsten betroffen vom Irankrieg und dessen ökonomischen Auswirkungen hierzulande dürften die privaten Verbraucher und der private Konsum sein. Kräftig gestiegene Kraftstoffpreise sind lediglich erstes Indiz für neue Inflationsimpulse. Öl- und Gaspreise sind auch Kostenfaktor in vielen Bereichen und haben entsprechende Zweitrundeneffekte. Das bedeutet, die Importpreise, Erzeugerpreise und Verbraucherpreise werden sich stärker erhöhen und die Kaufkraft mindern. Die Unternehmen werden sich auch bei Neueinstellungen erst mal zurückhalten, was ebenfalls den Anstieg der verfügbaren Einkommen bremst. Unter den hier getroffenen Annahmen über die weitere Entwicklung des Irankriegs und der Ölpreise, werden erst in der zweiten Jahreshälfte 2026 die Inflation wieder zurückgehen und die Beschäftigung zunehmen und letztlich auch der private Verbrauch wieder deutlicher wachsen. Der staatliche Konsum dürfte angesichts der durch die Sondervermögen ausgeweiteten Finanzierungsmöglichkeiten für öffentliche Investitionen zumindest nicht eingeschränkt werden.

Weiterhin gedämpft bleiben die Aussichten für die deutschen Exporteure. Angesichts der willkürlichen Zollpolitik der USA sowie der expansiven Exportbemühungen Chinas dürften sich die negativen Trends im Handel mit den beiden wichtigsten Handelspartnern in diesem Jahr zunächst fortsetzen. Gleichzeitig dürften die Importe dank der - wenn nun auch verzögerten - Erholung der deutschen Wirtschaft zulegen, der Wachstumseffekt von außen deshalb negativ bleiben.

Sicherlich gibt es Risiken für eine ungünstigere Entwicklung als hier beschrieben. Dieses Szenario beruht auf der Annahme, dass der Iran-Konflikt und damit der Anstieg der Ölpreise nur relativ kurze Zeit andauern, und der Erholungsprozess der deutschen Wirtschaft in der zweiten Jahreshälfte wieder „Fahrt aufnimmt“. Unter diesen Bedingungen kann das preis- und saisonbereinigte Bruttoinlandsprodukt im Jahresdurchschnitt 2026 um etwa $\frac{3}{4}$ % wachsen, zumal dieses Jahr 2 $\frac{1}{2}$ mehr Arbeitstage hat als 2025. Vor Kriegsausbruch war noch für 2026 ein Wirtschaftswachstum in Höhe von 1 $\frac{1}{2}$ % für möglich gehalten worden.

2027 Wirtschaftswachstum von 1 $\frac{1}{2}$ % möglich

Ausgangspunkt der Prognose für 2027 ist, dass der Iran-Konflikt eingedämmt ist, die Ölpreise weitgehend zurück auf Vorkriegsniveau sind und die Erholung der deutschen Wirtschaft bereits im späteren Verlauf von 2026 neu „Fahrt aufgenommen“ hat. Die fiskalischen Ausgabenprogramme für Infrastrukturinvestitionen und Verteidigungsausrüstung dürften im nächsten Jahr eine ähnliche Wirkung entfalten wie in diesem. Die zusätzliche staatliche Nachfrage wird überdies ergänzende private Investitionen auslösen. 2027 ist zudem das letzte Jahr, in dem die erhöhten Abschreibungsmöglichkeiten für private Investitionen gelten; Unternehmen dürften deshalb für die Folgezeit geplante Investitionen vorziehen. Die Bauinvestitionen werden aufgrund der zusätzlichen Infrastrukturmaßnahmen sowie der Erholung im Wohnungsbau merklich zunehmen. Die Investitionstätigkeit sowohl des Staates wie auch der Unternehmen dürfte folglich recht lebhaft sein. Die dann schon ins zweite Jahr gehende Wirtschaftsbelebung und die damit einhergehende Zunahme der Beschäftigung werden selbst bei moderaten Lohnabschlüssen die verfügbaren Einkommen merklich steigen lassen und den privaten Konsum stützen.

Unter der Annahme, dass sich die Rahmenbedingungen mit den wichtigsten Handelspartnern China und USA nicht weiter verschlechtern und der Euro relativ stabil bleibt, sollten die Ausfuhren wieder ähnlich wie der Welthandel zunehmen. Bei der erwarteten Entwicklung der Binnenwirtschaft dürften die Importe ähnlich stark wachsen wie die Exporte; dann wären keine großen Veränderungen bei Außenbeitrag, Handels- und Leistungsbilanz zu erwarten.

Alles in allem dürfte die Konjunkturdynamik im Laufe von 2027 ähnlich hoch sein wie in der zweiten Jahreshälfte 2026. Bei einem jedoch höheren statistischen Überhang zu Beginn von 2007 und nochmals mehr Arbeitstagen gegenüber 2026 würde das Wirtschaftswachstum im Jahresdurchschnitt 2027 dann 1 $\frac{1}{2}$ % betragen.

Nach Irankrieg auch Besserung am Arbeitsmarkt und bei Inflation

Solange die Situation im und um den Iran kritisch ist werden die Unternehmen zurückhaltender agieren – das gilt auch für deren Einstellungsbereitschaft. Wenn, wie in diesem Szenario unterstellt, die Erholung der deutschen Wirtschaft in der zweiten Hälfte dieses Jahres wieder „Fahrt aufnimmt“, werden auch die Unternehmen ihre Beschäftigung auszuweiten beginnen. Die Zahl der Arbeitslosen wird dann wieder sinken. Im Jahresdurchschnitt 2026 werden aber aufgrund der gedrückten Ausgangslage zu Jahresbeginn und der vorläufigen Zurückhaltung die Zahl der Erwerbstätigen knapp unter Vorjahr liegen, die der Arbeitslosen und damit auch die Arbeitslosenquote knapp über Vorjahr liegen. Im Jahr 2027, wenn sich die Erholung der deutschen Wirtschaft im erwarteten Maße fortsetzt, wird sich auch die Lage am Arbeitsmarkt verbessern, d.h. die Zahl der Erwerbstätigen zunehmen, die der Arbeitslosen zurückgehen. Die Arbeitslosenquote wird dann 2027 wieder unter 6 % fallen.

Für die Preisentwicklung auf der Verbraucherstufe war bereits vor Ausbruch des Irankriegs erwartet worden, dass das stabilitätspolitische Umfeld eher schwieriger werden würde, da nicht vorausgesetzt werden konnte, dass sich die in den letzten Jahren inflationsdämpfenden Entwicklungen bei Energie- und Importpreisen weiter fortsetzen würden. Der durch den Irankrieg ausgelöste

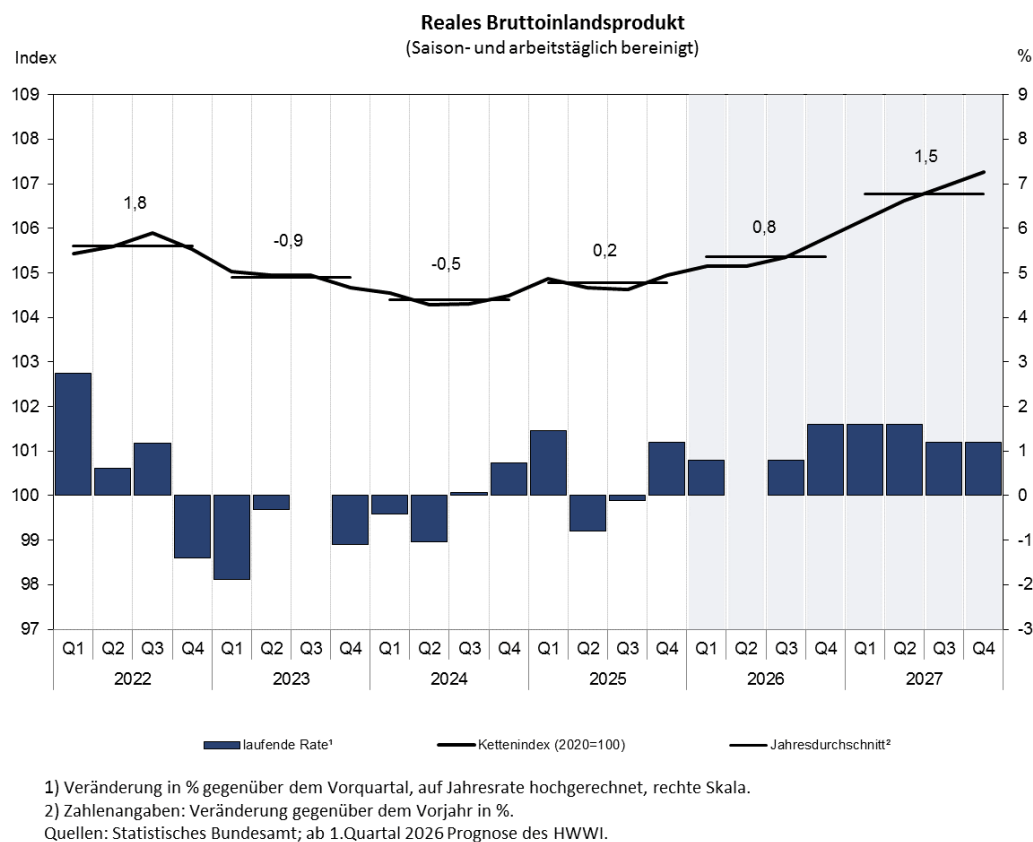


Abbildung 1. Reales Bruttoinlandsprodukt (saison- und arbeitstäglich bereinigt)

Preisschock bei Öl- und Gaspreisen war aber so nicht vorhersehbar und wird die Inflation in den nächsten Monaten zunächst anheizen. Mit der Irankrise steigen teils andere Rohstoffpreise, das alles sind für die Unternehmen auch Kosten, und es gibt verschiedenste Zweitrundeneffekte. Die Inflationsrate bei den Verbraucherpreisen könnte sich bei den hier getroffenen Annahmen bis zur Jahresmitte bis auf 3 % erhöhen. Mit ab der Jahresmitte wieder rückläufigen Energiepreisen würde sich dann aber auch die Inflationsrate wieder in Richtung der 2-Prozent-Marke bewegen. Im Jahresdurchschnitt 2026 würde die Anstiegsrate der Verbraucherpreise dann 2 ½ % betragen. Ohne neue Inflationsimpulse im Jahr 2027 wäre dann wieder eine Preissteigerungsrate auf der Verbraucherstufe von 2 % möglich.

Irakkrieg nicht einziges Prognoserisiko

Der Irakkrieg birgt aktuell das grote Risiko für Prognosen. Dessen weitere Entwicklung ist unklar und damit auch dessen Auswirkungen auf Weltkonjunktur und Weltmarktpreise – nicht nur von Öl und Gas. Hier sind verschiedene Szenarien vorstellbar, wobei die Wahrscheinlichkeit des am wahrscheinlichsten Szenarios nicht einmal 50 % haben muss. Daneben gibt es weitere geopolitische und geokonomische Problemfelder. Der Ukraine-krieg hält unvermindert an. Europa hatte zwar im August letzten Jahres mit den USA einen Zoll-Deal abgeschlossen, die jüngsten Zollentscheidungen des amerikanischen Supreme Courts, der die früheren Zölle weitestgehend aufhob, wie auch die des Präsidenten, der umgehend neue Zölle erlies, bestätigen die Zweifel in die Verlässlichkeit seitens der USA in dieser Frage. Im Moment gibt es keine verlässliche Entscheidung, wie lange welche Zölle gelten. Der Handel mit China wird mehr und mehr von strategischen Überlegungen überlagert; die Liefersicherheit von für deutsche Unternehmen wichtigen Rohstoffen oder Vorprodukten ist nicht

unbedingt gewährleistet.

Was die Reformpolitik der Bundesregierung betrifft, gibt es nicht selten Unsicherheiten durch Meinungsverschiedenheiten zwischen den Koalitionspartnern. Das ist insofern problematisch, als zum einen Einigungen in einzelnen Reformvorhaben oftmals lediglich auf dem kleinsten gemeinsamen Nenner möglich sind (siehe Bürgergeld/Grundsicherung, siehe Rente), zum anderen keine Alternative zu dieser Regierung gesehen wird und mit einem Scheitern dieser Koalition auch ein Scheitern der angekündigten Reformpolitik verbunden wäre.

Die Prognose im Detail

Im Folgenden werden die Eckdaten der Prognose sowie deren detaillierte Aufschlüsselung im Detail in Form von Tabellen dargestellt. Die Werte für die Jahre 2023, 2024 und 2025 stammen vom Statistischen Bundesamt, die Wert für die Folgejahre sind Prognosen des Hamburgischen WeltWirtschaftsinstituts.

Tabelle 1. Eckdaten für Deutschland

	2023	2024	2025	2026	2027
Bruttoinlandsprodukt ¹	-0,9	-0,5	0,2	0,8	1,5
Private Konsumausgaben	-0,7	0,5	1,6	0,8	1,1
Konsumausgaben des Staates	-0,2	2,6	1,3	1,3	1,1
Anlageinvestitionen	-2,0	-3,3	-0,2	3,2	4,2
Ausrüstungen	-0,5	-5,4	-1,9	4,4	5,5
Bauten	-5,9	-3,4	-0,6	2,1	3,1
Sonstige Anlagen	6,6	0,2	3,8	3,7	4,5
Inlandsnachfrage	-0,9	0,2	1,8	1,3	1,4
Ausfuhr	-1,4	-2,1	-0,4	0,5	2,4
Einfuhr	-1,4	-0,6	3,6	1,7	2,1
Erwerbstätige	0,7	0,1	0,0	-0,1	0,2
Arbeitslose (Mill. Personen)	2,6	2,8	2,9	3,0	2,8
Arbeitslosenquote (in %) ²	5,4	5,7	6,0	6,1	5,7
Verbraucherpreise	5,9	2,3	2,2	2,5	2,0
Finanzierungssaldo des Staates	-2,5	-2,7	-2,7	-3,6	-3,6
Leistungsbilanzsaldo (in % des BIP) ³	5,5	5,8	4,4	4,1	4,1

¹ Preisbereinigt

² Arbeitslose in % der inländischen Erwerbspersonen (Wohnortkonzept)

³ In der Abgrenzung der Zahlungsbilanzstatistik

Quellen: Statistisches Bundesamt; Deutsche Bundesbank; Bundesagentur für Arbeit; ab 2025 Prognose des HWWI.

Tabelle 2. Entstehung des Bruttoinlandsprodukts (Veränderung in % gegenüber Vorjahr)

	2023	2024	2025	2026	2027
Erwerbstätige (Inland)	0,7	0,1	0,0	-0,1	0,2
Arbeitszeit (arbeitstäglich bereinigt)	0,5	-0,1	0,1	-0,6	-0,5
Arbeitstage	-0,8	-0,3	-0,3	1,0	0,5
Arbeitsvolumen (kalendermonatlich)	0,3	-0,2	-0,2	0,2	0,2
Produktivität	-1,2	-0,3	0,4	0,6	1,2
Bruttoinlandsprodukt, preisbereinigt	-0,9	-0,5	0,2	0,8	1,5

Tabelle 3. Verwendung des Bruttoinlandsprodukts (in jeweiligen Preisen)

	2023	2024	2025	2026	2027
<i>a) Mrd.Euro</i>					
Konsumausgaben	3123,7	3234,7	3384,2	3513,5	3633,8
Private Haushalte einschl. OoE	2218,5	2283,0	2377,9	2463,7	2546,4
Staat	905,2	951,8	1006,4	1049,8	1087,4
Anlageinvestitionen	894,1	885,7	908,0	961,6	1025,7
Ausrüstungen	277,4	267,1	267,2	285,3	308,4
Bauten	453,0	450,7	461,8	486,6	515,2
Sonstige Anlagen	163,7	168,0	179,0	189,7	202,1
Vorratsveränderungen	33,9	45,0	72,4	63,9	52,5
Inlandsnachfrage	4051,7	4165,4	4364,6	4539,0	4711,9
Außenbeitrag	167,6	163,5	105,3	82,2	83,5
Ausfuhr	1812,9	1793,7	1807,4	1837,4	1918,6
Einfuhr	1645,3	1630,1	1702,1	1755,3	1835,2
Bruttoinlandsprodukt	4219,3	4329,0	4469,9	4635,6	4813,0
<i>b) Veränderung in % gegenüber Vorjahr</i>					
Konsumausgaben	5,5	3,6	4,6	3,8	3,4
Private Haushalte einschl. OoE	5,9	2,9	4,2	3,6	3,4
Staat	4,3	5,1	5,7	4,3	3,6
Anlageinvestitionen	3,8	-0,9	2,5	5,9	6,7
Ausrüstungen	5,1	-3,7	0,0	6,8	8,1
Bauten	1,4	-0,5	2,5	5,4	5,9
Sonstige Anlagen	8,3	2,6	6,6	6,0	6,6
Inlandsnachfrage	4,1	2,8	4,8	4,0	3,8
Ausfuhr	-0,4	-1,1	0,8	1,7	4,4
Einfuhr	-4,4	-0,9	4,4	3,1	4,6
Bruttoinlandsprodukt	5,8	2,6	3,3	3,4	3,8

Tabelle 4. Verwendung des Bruttoinlandsprodukts (preisbereinigt)

	2023	2024	2025	2026	2027
<i>a) Mrd.Euro</i>					
Konsumausgaben	2683,5	2713,4	2754,0	2780,5	2810,3
Private Haushalte einschl. OoE	1887,3	1897,2	1926,8	1942,7	1963,7
Staat	796,3	816,7	827,5	838,2	847,0
Anlageinvestitionen	726,2	702,0	700,8	723,0	753,1
Ausrüstungen	241,4	228,5	224,1	233,9	246,7
Bauten	336,1	324,7	322,6	329,5	339,6
Sonstige Anlagen	152,1	152,4	158,3	164,1	171,4
Vorratsveränderungen	41,8	43,2	67,5	54,6	42,7
Inlandsnachfrage	3450,3	3456,5	3520,2	3565,3	3613,5
Außenbeitrag	170,5	146,6	91,6	75,8	80,8
Ausfuhr	1523,4	1491,9	1485,3	1493,1	1528,3
Einfuhr	1352,9	1345,3	1393,6	1417,3	1447,6
Bruttoinlandsprodukt	3618,8	3600,8	3609,5	3638,8	3691,7
<i>b) Veränderung in % gegenüber Vorjahr</i>					
Konsumausgaben	-0,5	1,1	1,5	1,0	1,1
Private Haushalte einschl. OoE	-0,7	0,5	1,6	0,8	1,1
Staat	-0,2	2,6	1,3	1,3	1,1
Anlageinvestitionen	-2,0	-3,3	-0,2	3,2	4,2
Ausrüstungen	-0,5	-5,4	-1,9	4,4	5,5
Bauten	-5,9	-3,4	-0,6	2,1	3,1
Sonstige Anlagen	6,6	0,2	3,8	3,7	4,5
Inlandsnachfrage	-0,9	0,2	1,8	1,3	1,4
Ausfuhr	-1,4	-2,1	-0,4	0,5	2,4
Einfuhr	-1,4	-0,6	3,6	1,7	2,1
Bruttoinlandsprodukt	-0,9	-0,5	0,2	0,8	1,5

Tabelle 5. Preisniveau der Verwendungsseite des Inlandsprodukts (Veränderung in % gegenüber Vorjahr)

	2023	2024	2025	2026	2027
Konsumausgaben Private Haushalte einschl. OoE	6,6	2,4	2,6	2,8	2,2
Konsumausgaben Staat	4,5	2,5	4,4	3,0	2,5
Anlageinvestitionen	5,9	2,5	2,7	2,6	2,4
Ausrüstungen	5,6	1,7	2,0	2,3	2,5
Bauten	7,8	3,0	3,1	3,2	2,7
Sonstige Anlagen	1,6	2,4	2,6	2,2	2,0
Ausfuhr	1,0	1,0	1,2	1,1	2,0
Einfuhr	-3,1	-0,4	0,8	1,4	2,4
Bruttoinlandsprodukt	6,7	3,1	3,0	2,5	2,3

Tabelle 6. Einkommensentstehung und -verteilung

	2023	2024	2025	2026	2027
<i>a) Mrd.Euro</i>					
Primäreinkommen der privaten Haushalte	2908,9	3023,0	3148,2	3257,8	3381,1
Sozialbeiträge der Arbeitgeber	389,9	410,6	439,9	454,4	468,5
Bruttolöhne und -gehälter	1845,7	1947,2	2037,2	2100,9	2166,2
Übrige Primäreinkommen	673,3	665,1	671,1	702,5	746,5
Primäreinkommen der übrigen Sektoren	589,2	566,8	565,3	563,9	571,6
Nettonationaleinkommen	3498,1	3589,7	3713,5	3821,7	3952,7
Abschreibungen	857,9	888,4	918,2	955,0	1001,3
Bruttonationaleinkommen	4356,0	4478,1	4631,7	4776,6	4954,0
<i>nachrichtlich:</i>					
Volkseinkommen	3152,3	3200,2	3307,2	3415,4	3540,5
Arbeitnehmerentgelt	2235,6	2357,8	2477,1	2555,2	2634,6
Unternehmens- und Vermögenseinkommen	916,7	842,3	830,1	860,2	905,9
<i>b) Veränderung in % gegenüber Vorjahr</i>					
Primäreinkommen der privaten Haushalte	5,8	3,9	4,1	3,5	3,8
Sozialbeiträge der Arbeitgeber	5,9	5,3	7,1	3,3	3,1
Bruttolöhne und -gehälter	7,4	5,5	4,6	3,1	3,1
Bruttolöhne und -gehälter je Arbeitnehmer (Inland)	6,5	5,2	4,5	3,5	3,0
Übrige Primäreinkommen	1,4	-1,2	0,9	4,7	6,3
Primäreinkommen der übrigen Sektoren	5,1	-3,8	-0,3	-0,3	1,4
Nettonationaleinkommen	5,7	2,6	3,4	2,9	3,4
Abschreibungen	7,5	3,6	3,4	4,0	4,9
Bruttonationaleinkommen	6,0	2,8	3,4	3,1	3,7
<i>nachrichtlich:</i>					
Volkseinkommen	7,3	1,5	3,3	3,3	3,7
Arbeitnehmerentgelt	7,1	5,5	5,1	3,2	3,1
Unternehmens- und Vermögenseinkommen	7,8	-8,1	-1,4	3,6	5,3

Tabelle 7. Einkommensentstehung und -verteilung

	2023	2024	2025	2026	2027
<i>a) Mrd.Euro</i>					
Masseneinkommen	1864,9	1976,9	2055,9	2117,1	2174,9
Nettolöhne und -gehälter	1284,7	1355,5	1407,4	1448,0	1489,8
Monetäre Sozialleistungen ¹	740,6	792,3	835,8	865,5	886,9
verbrauchsnahe Steuern	160,4	170,9	187,4	196,4	201,9
Übrige Primäreinkommen der privaten Haushalte	673,3	665,1	671,1	702,5	746,5
Sonstige Transfers (Saldo)	-122,9	-130,8	-136,9	-142,4	-146,4
Verfügbares Einkommen	2415,3	2511,2	2590,0	2677,3	2775,0
Zunahme betrieblicher Versorgungsansprüche	60,6	61,1	61,2	63,0	64,9
Konsumausgaben	2218,5	2283,0	2377,9	2463,7	2546,4
Sparen	257,4	289,4	273,3	276,5	293,5
Sparquote	10,4	11,2	10,3	10,1	10,3
<i>b) Veränderung in % gegenüber Vorjahr</i>					
Masseneinkommen	8,6	6,0	4,0	3,0	2,7
Nettolöhne und -gehälter	9,4	5,5	3,8	2,9	2,9
Monetäre Sozialleistungen ¹	6,9	7,0	5,5	3,5	2,5
verbrauchsnahe Steuern	6,5	6,6	9,6	4,8	2,8
Übrige Primäreinkommen der privaten Haushalte	1,4	-1,2	0,9	4,7	6,3
Verfügbares Einkommen	6,2	4,0	3,1	3,4	3,7
Konsumausgaben	5,9	2,9	4,2	3,6	3,4
Sparen	7,5	12,4	-5,5	1,2	6,1

¹ abzügl. Abgaben auf soziale Leistungen

Tabelle 8. Einnahmen und Ausgaben des Staates (Gebietskörperschaften und Sozialversicherungen)

	2023	2024	2025	2026	2027
<i>a) Mrd.Euro</i>					
Einnahmen					
Steuern	962,0	996,6	1031,5	1082,4	1130,8
Sozialbeiträge	710,8	756,6	822,9	849,3	875,7
Vermögenseinkommen	31,8	34,1	30,8	32,7	33,4
Sonst. lfd. Übertragungen	32,4	31,4	30,1	31,3	31,5
Vermögenstransfers	21,9	20,3	24,9	25,9	26,9
Verkäufe	167,0	185,2	199,7	206,9	213,1
Sonst. Subventionen	0,2	0,2	0,2	0,2	0,3
Einnahmen insgesamt	1926,2	2024,4	2140,2	2228,7	2311,7
Ausgaben					
Vorleistungen (ohne soziale Sachleistungen)	265,8	280,4	289,1	300,7	312,7
Arbeitnehmerentgelt	340,5	357,3	384,3	399,1	413,1
Sonst. Produktionsabgaben	0,3	0,3	0,4	0,4	0,4
Geleistete Vermögenseinkommen (Zinsen)	36,8	45,8	49,5	52,6	58,7
Subventionen	82,8	54,2	53,9	66,1	67,5
Monetäre Sozialleistungen	660,7	709,5	749,5	777,5	800,0
Soziale Sachleistungen	358,0	386,6	414,9	429,4	440,1
Sonst. lfd. Transfers (ohne an SV)	92,3	90,2	95,3	95,8	97,4
Vermögenstransfers	74,5	84,0	78,4	88,3	90,2
Bruttoinvestitionen	120,1	131,3	144,8	185,2	206,3
Nettozugang nichtproduzierter Vermögensgüter	-0,5	0,1	-0,6	-0,3	-0,5
Ausgaben insgesamt	2031,4	2139,7	2259,3	2394,8	2485,9
Finanzierungssaldo	-105,2	-115,3	-119,1	-166,1	-174,3
<i>b) Veränderung in vH gegenüber Vorjahr</i>					
Einnahmen					
Steuern	-0,3	3,6	3,5	4,9	4,5
Sozialbeiträge	6,5	6,4	8,8	3,2	3,1
Vermögenseinkommen	60,0	7,2	-9,6	6,0	2,1
Sonst. lfd. Übertragungen	12,9	-3,1	-4,0	3,8	0,7
Vermögenstransfers	7,5	-7,3	22,9	4,0	3,9
Verkäufe	3,5	10,9	7,8	3,6	3,0
Einnahmen insgesamt	3,4	5,1	5,7	4,1	3,7
Ausgaben					
Vorleistungen (ohne soziale Sachleistungen)	3,4	5,5	3,1	4,0	4,0
Arbeitnehmerentgelt	6,0	4,9	7,5	3,9	3,5
Sonst. Produktionsabgaben	4,3	-6,0	12,7	18,0	0,0
Geleistete Vermögenseinkommen (Zinsen)	31,5	24,4	8,1	6,2	11,6
Subventionen	37,8	-34,6	-0,6	22,8	2,0
Monetäre Sozialleistungen	6,9	7,4	5,6	3,7	2,9
Soziale Sachleistungen	2,2	8,0	7,3	3,5	2,5
Sonst. lfd. Transfers (ohne an SV)	-17,8	-2,3	5,7	0,5	1,7
Vermögenstransfers	-4,1	12,8	-6,7	12,7	2,1
Bruttoinvestitionen	4,2	9,3	10,3	27,8	11,4
Ausgaben insgesamt	4,8	5,3	5,6	6,0	3,8
Finanzierungssaldo (in vH des BIP)	-2,5	-2,7	-2,7	-3,6	-3,6